

Montag (Nachmittag), 3. September 2018

Staatskanzlei

4 2015.STA.23717 Bericht RR

«Transparenz jetzt! Offenlegung der Politikfinanzierung» Bericht des Regierungsrates zur Umsetzung der Motion 299-2015 SP-JUSO-PSA (Marti, Bern)

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 4. Der Ordnungsantrag dazu kam durch, sodass wir hier eine freie Debatte führen. ««Transparenz jetzt! Offenlegung der Politikfinanzierung» Bericht des Regierungsrates zur Umsetzung der Motion 299-2015 SP-JUSO-PSA (Marti, Bern)». Die SAK hat diesen Bericht vorberaten. Wir werden je einen Sprecher der Kommissionsmehrheit und der Kommissionsminderheit hören. Für die Kommissionsmehrheit gebe ich dem Sprecher der SAK das Wort. Ich bitte ihn, sich anzumelden. Grossrat Schilt, Sie haben das Wort.

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Marti, Bern) – Nr. 1

Der Regierungsrat ist aufgefordert, Offenlegungsregeln für Beiträge ab Fr. 10 000.— für die Politikfinanzierung (Zuwendungen an Parteien sowie für Abstimmungs- und Wahlkampagnen) auszuarbeiten und dem Grossen Rat vorzulegen.

Planungserklärung glp (Köpfli, Bern) – Nr. 1a

Der Regierungsrat ist aufgefordert, Offenlegungsregeln für Beiträge ab Fr. 10 000.— für die Politikfinanzierung (Zuwendungen an Parteien sowie für Abstimmungs- und Wahlkampagnen) auszuarbeiten und dem Grossen Rat vorzulegen. Werden Arbeitnehmer/-innen von ihren Arbeitgeber/-innen für die politische Arbeit freigestellt, gilt der Lohn für diese Zeit als Politikfinanzierung.

Planungserklärung SP-JUSO-PSA (Marti, Bern) – Nr. 2

Anonyme Zuwendungen sind zu verbieten.

Walter Schilt, Utzigen (SVP), Sprecher der SAK-Mehrheit. Am 23.11.2016 wurde die Motion «Transparenz jetzt! [...]» (M 299-2015) in ein Postulat umgewandelt und mit 85 zu 64 Stimmen an den Regierungsrat überwiesen. Wir haben den vom Regierungsrat am 16. Mai 2018 abgegebenen Bericht in der SAK beraten und auch die Gründe diskutiert, weshalb der Regierungsrat dazu gekommen ist, eine ablehnende Haltung einzunehmen. Ein Grund ist, dass auf eidgenössischer Ebene im Jahr 2017 eine «Transparenz-Initiative» eingereicht wurde und das eidgenössische Volk in den nächsten Jahren darüber abstimmen wird. Dadurch stünde die Überarbeitung des bernischen Modells gleich wieder an.

Der Kanton könnte sich beim Erlass der eigenen Vorschriften an der hängigen eidgenössischen Initiative orientieren. Weiter schreibt der Regierungsrat, es bestünde dahingehend ein Vorbehalt, inwieweit der Kanton überhaupt befugt sei, Vorschriften betreffend nationale Wahl- und Abstimmungskampagnen zu erlassen. Weiter sieht er in seiner Studie die schier unmögliche Umsetzung hinsichtlich des weit gefassten Adressatenkreises, auch bezüglich der grossen Umgehungsmöglichkeiten, der Komplexität und des unverhältnismässig hohen Verwaltungsaufwands bis hin zur fast unlösbaren Überprüfbarkeit. Diese Regelung wäre ein tiefer Einschnitt in das politische System, und vor allem seien auch die entstehenden Vollzugskosten sowie die zusätzlichen Personalressourcen nicht zu unterschätzen. Letztlich stünde bei allen regulatorischen Lösungen der gesetzgeberische Aufwand in einem ungünstigen Verhältnis zum allgemeinen Aufwand. Insgesamt erachtet der Regierungsrat den ganzen Aufwand griffiger Offenlegungspflichten als höher als den erwarteten Vorteil. Die Kommissionsmehrheit der SAK hat denn einer Kenntnisnahme des Berichts des Regierungsrats zugestimmt.

Präsident. Ich gebe dem Sprecher der Kommissionsminderheit, Grossrat Graf, das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP), Sprecher der Kommissionsminderheit der SAK. Die Minderheit der Kommission lehnt die Kenntnisnahme ab und möchte, dass weitergearbeitet wird. Wir haben das Privileg, in einer Demokratie zu leben. Die Übersetzung ins Deutsche von Demokratie lautet Volksherrschaft. Wir wollen aber auch, dass diese Demokratie funktioniert und nicht zur blossen Etikette verkommt. Welches sind die wichtigsten Voraussetzungen für eine funktionierende Demokratie? – Zwei Pfeiler sind elementar: der erste die freie Willensbildung, der zweite die freie und geschützte Willensäusserung und -übertragung. In die Sicherung der geheimen, manipulationsfreien Willensübertragung investieren wir zu Recht viel Geld. Geringste Zweifel führen zu Unsicherheiten, zu Fehlentwicklungen, letztlich zu Staatsverdrossenheit.

Im nächsten Traktandum wird darüber debattiert werden, ob wir wiederholt respektable Summen einsetzen wollen, damit eine relativ kleine Gruppe ihren Willen bequemer äussern kann. Dieses Geld reut mich überhaupt nicht; es sind Demokratiekosten, die für das System sehr wichtig sind. Der Return on Investment ist gegeben. Der zweite Pfeiler, meine geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist aber ebenso wichtig. Auch für die Willensbildung müssen Regeln eingehalten werden. Zu Recht gehen wir davon aus, dass der mündige, urteilsfähige und informierte Bürger beziehungsweise die Bürgerin unser Staatswesen via Wahlen und Abstimmungen lenkt. Dazu braucht es aber Transparenz. Die emanzipierte Bürgerin will wissen, wer wie viel Geld investiert wird – in Parteien, Kampagnen, in Politikerinnen und Politiker. Denn in der Politik ist es nicht anders als in der Wirtschaft: Geldgeber wollen Resultate sehen. Ihre Investitionen sind nicht ohne Absichten. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass gewichtige Geldströme offengelegt werden und die Absender bekannt sind. Die Argumentation der Regierung ist aus Sicht der Minderheit nicht schlüssig. Einmal mehr wird in einem demokratiepolitisch wichtigen Punkt auf Zeit gespielt, und die notwendigen Arbeiten werden nicht angepackt. Der wichtige Kanton Bern darf hier ruhig eigenständig legislieren. Was in der Bundesabstimmung herauskommt, spielt keine Rolle. Wie andere Kantone auch, kann der Kanton Bern dies regeln.

Eine kleine Überlegung meinerseits vom gestrigen Nachmittag: Gestern habe ich einen Cervelat zum Zvieri gegessen und danach den Stimmzettel für die nächsten Abstimmungen ausgefüllt. (*Heiterkeit*) Beim Cervelat kann ich aufs Milligramm genau die Zusammensetzung nachvollziehen, weil dort eine Deklarationspflicht besteht. Bei den Abstimmungsparolen weiss ich hingegen nicht, wer wie viel in die Kampagne investiert hat, welche Interessen dahinterstecken. Das frustriert. Hier ist zu handeln, die Dunkelkammer ist endlich auszuleuchten! Der aufgeklärte Mensch lebt nicht vom Cervelat allein. (*Heiterkeit*)

Präsident. Zu diesem Bericht liegen drei Planungserklärungen vor. Ich gebe den Antragstellern das Wort, zuerst für die SP-JUSO-PSA-Fraktion, Grossrätin Marti.

Ursula Marti, Bern (SP). Der Bericht der Regierung gestützt auf das überwiesene Postulat für eine transparente Parteienfinanzierung ist sehr enttäuschend und unbegreiflich. Die Mehrheit des Grossen Rats hatte bekundet, dass Handlungsbedarf besteht und die Regierung die Transparenz offen anpacken soll. Was tut die Regierung? – Rein gar nichts! Sie sucht nach Ausflüchten statt nach Möglichkeiten, die Transparenz zu verbessern. Dies können wir seitens der SP-Fraktion nicht akzeptieren. Wir fordern mit dieser Planungserklärung, dass für Beträge ab 10 000 Franken Offenlegungsregeln auszuarbeiten sind, und zwar für Beiträge an Parteien sowie für Abstimmungs- und für Wahlkampagnen. Anonyme Zuwendungen sind zu verbieten. Dies entspricht der zweiten Planungserklärung, welche natürlich im Zusammenhang mit der ersten zu verstehen ist.

Die Schweiz hat bei der Transparenz einen grossen Nachholbedarf. Sie steht international in der Kritik; sie hat von der Staatengruppe gegen Korruption «Group of States against Corruption (Greco)» beziehungsweise vom Europarat, bei welchem wir Mitglied sind, bereits zum fünften Mal die Note «ungenügend» erhalten. Die Greco hält die Schweiz dringend an, Gesetze für die Transparenz der Politikfinanzierung zu erlassen. Dies gilt gleichermassen für den Bund und die Kantone. Einige der Kantone haben es bereits angepackt. Es wäre schön, der Kanton Bern wäre nicht das Schlusslicht und würde nicht solange zuwarten, bis er dann als letzter Kanton eine Regelung hat.

Auf das Argument, welches ich vom befürwortenden Kommissionssprecher gehört habe, wonach es gar nicht möglich, nicht machbar sei, möchte ich ganz klar entgegnen: Es gibt andere Staaten und Kantone, die es können. Weshalb sollten wir es nicht können? Ganz und gar nicht geht, dass sich Bund und Kantone diese Aufgabe gegenseitig zuweisen, also diese abschütteln. Der Bund sagt, dies sei föderalistisch zu regeln; der Kanton sagt, man warte auf den Bund. Dies geht gar nicht! Bund und Kantone haben beide für Offenlegungsregeln zu sorgen, und zwar schnell. Die renitente Haltung von Bund und Kanton in dieser Frage führt dazu, dass wir auf Bundesebene umso vehementer

für die «Transparenz-Initiative» kämpfen werden. Wenn ich «wir» sage, dann ist dies längstens nicht mehr nur die SP. Auch die Grünen sind dabei sowie die BDP und die EVP. Sie alle sind Mitinitianten wie viele andere Organisationen auch. Wir kämpfen hier gemeinsam.

Zuwendungen für Kampagnen und Parteien sind übrigens nichts Schlechtes. Wir alle überweisen unseren Parteien ab und zu Geld – 50 Franken, 100 Franken. Das ist absolut normal und okay. Aber sobald es eben grosse Zuwendungen sind, sind sie massgebliche Einflüsse auf die Meinung der Stimmbevölkerung. Mit hohen Geldbeträgen kann man Kampagnen und somit auch die Resultate beeinflussen. Wir wollen die grossen Beiträge nicht einmal verhindern, wir wollen aber, dass sie der Stimm- und Wahlbevölkerung offengelegt werden müssen. Dies ist eine Frage der Demokratie, eine Frage der Fairness und der Glaubwürdigkeit unseres Staats und unserer demokratischen Instrumente. Deshalb bitte ich Sie, diese Planungserklärung zu unterstützen.

Ich nehme zugleich Stellung zur Planungserklärung der glp: Wir unterstützen auch die Planungserklärung der glp, aber... Jetzt folgt leider das Aber: Meine Abklärungen haben ergeben, dass unsere Planungserklärung mehr Stimmen machen wird als deren. Deshalb werden wir an der unseren festhalten. Wir möchten aber betonen, dass wir den von der glp gemachten Zusatz eigentlich gut finden, sodass wir diesen im Prinzip unterstützen würden.

Michael Köpfli, Bern (glp). Wenn es in Ordnung ist, verbinde ich mein Votum mit dem Fraktionsvotum. Wir waren grundsätzlich gegen eine freie Debatte, weil in der Begründung für die freie Debatte gesagt wurde, es handle sich primär um ein Thema auf nationaler Ebene, und ein Alleingang des Kantons Bern sei zwar möglich, aber wahrscheinlich schwierig umzusetzen. Dies, weil gerade die Abgrenzung zwischen nationaler und kantonaler Parteienfinanzierungen schwierig ist. Denn wir sind alles Parteien, die auf beiden Ebenen aktiv sind, auch im Kanton Bern. Grundsätzlich unterstützen wir die Bestrebungen hin zu mehr Transparenz, sind aber sicher für grosszügige Freibeträge und vor allem gegen eine staatliche Parteienfinanzierung. Wir sind deshalb nicht Mitglied des Initiativkomitees auf nationaler Ebene. Wenn würden wir eher ein System bevorzugen, welches auf Anreize statt auf eine Pflicht setzt, beispielsweise indem man sagt, Fraktionsbeiträge, welche vom Kanton oder eben auch vom Bund ausgerichtet werden, sollen nur an Parteien ausbezahlt werden, welche ihre Finanzen offenlegen. Dies wäre ein Anreiz, welcher unserem liberalen Staat gerecht würde und die Wahl am Schluss den Parteien überliesse. Auch bei der ganzen Frage um die Abstimmungskampagnen ist es nicht so einfach, diese abzugrenzen. Ich nenne ein Beispiel: Es wird vielleicht bald einmal zu einer Abstimmung über das Jagdgesetz kommen. Was ist denn, wenn Pro Natura während dieser Zeit eine Kampagne zum Schutz des Luchses oder des Wolfs lanciert oder der Jägerverband eine Imagekampagne für die Jagd? – Ist dies dann eine Kampagnenfinanzierung oder eine Imagekampagne dieser Verbände? Ich glaube, eine Abgrenzung wäre bei Kampagnen extrem schwierig. Nichtsdestotrotz sind wir bereit, mit unserer ergänzenden Planungserklärung eine Debatte darüber zu ermöglichen. Wie die Lösung im Kanton Bern denn genau aussehen wird, darüber wird man noch diskutieren müssen. Soweit kommt es ziemlich sicher erst nach der nationalen Abstimmung. Wenn man die Parteien dazu verpflichtete, ihre Finanzen offenzulegen, wäre es für uns aber zentral, dass dies zwingend auch gelten müsste, wenn beispielsweise eine Person hier drin auf Arbeitszeit Politik macht. Es kann sein, dass jemand zum Beispiel für einen privaten Arbeitgeber oder auch für eine Gewerkschaft oder einen Wirtschaftsverband tätig ist und für die Zeit hier drin freigestellt wird. Der Lohn für diese Zeit, während der er oder sie – für 30 oder 40 Prozent – freigestellt wird, ist nichts anderes als eine Politikfinanzierung. Ich würde sogar so weit gehen und sagen, dass es wahrscheinlich so ist, dass diese Person eher in einer Abhängigkeit vom Arbeitgeber ist, als wenn eine Unternehmung oder ein Verband beispielsweise nur einen Geldbetrag überweist. Für mich ist es zwingend, dass solch ein Fall offengelegt würde. Dies ist auch eine der grossen Schwächen der nationalen Initiative, die dergleichen nicht berücksichtigt. Deshalb unsere ergänzende Planungserklärung. Zur Mehrheitsfähigkeit kann ich nur sagen: Wenn diese so ergänzt wird, dann wird zumindest ein Teil der glp dieses Anliegen unterstützen. Ohne diese Ergänzung lehnen wir es klar ab. Dann wäre es weiterhin so, dass Gewerkschaften oder Verbände Leute indirekt finanzieren könnten, ohne dass dies der Offenlegungspflicht unterläge, direkte Spenden hingegen schon. Damit würde die Intransparenz eher noch erhöht.

Präsident. Ich würde dann die Planungserklärungen 1 und 1a bei der Abstimmung einander gegenüberstellen. Dies, weil sie im ersten Teil identisch sind. Entweder man will den Zusatz, oder man will ihn nicht. So wissen es die Fraktionssprecher gleich von vornherein. Für die EVP-Fraktion hat Grossrat Löffel das Wort.

Ruedi Löffel-Wenger, Münchenbuchsee (EVP). Wer etwas zu verstecken hat, insbesondere, wenn es um hohe Beträge geht: Hier sind wir uns wohl darin einig, dass wir in dieser Diskussion nicht über irgendwelche kleinen Spenden oder Kollekten sprechen, sondern über grosse Beträge. Die SP hat dies in ihrer Planungserklärung ausgedeutet. Wer bei so hohen Beträgen etwas zu verstecken hat, setzt sich dem Verdacht aus, Dreck am Stecken zu haben. Politik zeichnet sich nicht gerade dadurch aus, dass wir in der Bevölkerung ein wahnsinnig grosses Vertrauen geniesst. Es gibt eine Volksweisheit, welche besagt, Transparenz schaffe Vertrauen. Hier können wir ein wenig Transparenz in der Politik schaffen, um damit etwas des seitens der Bevölkerung bitter benötigten Vertrauens zurückzugewinnen. Für die EVP ist klar, dass wir den Bericht so nicht zur Kenntnis nehmen. Dies, weil wir finden, dass der Kanton Bern – nebst anderen Kantonen, welche jetzt bereits aktiv geworden sind – sagen soll: Doch, grosse Beträge, welche in Politikampagnen oder direkt an die Parteien fliessen, sollen transparent offengelegt werden.

Als ich über diese Thematik nachdachte, wurde mir noch etwas bewusst. Die Hauptargumentation für die ablehnende Haltung im Bericht ist jene, dass es zu einem viel zu hohen Aufwand käme, um alles zu kontrollieren und zu organisieren. Ich habe Folgendes bemerkt: Von welchem Menschenbild gehen wir denn eigentlich in der Politik aus, auch wenn wir hier drin diskutieren? – Wenn das Gesetz sagt, Zuwendungen an politische Parteien, an Kampagnen, welche 10 000 Franken oder mehr betragen, werden offengelegt – wie dies auch immer im Detail aussehen mag, das ist eine andere Frage –, dann gehe ich eigentlich davon aus, dass es grundsätzlich so gemacht wird, wenn das Gesetz oder die gesetzliche Grundlage, welche es denn auch sein mag, so fordert. Ich gehe doch davon aus, dass eigentlich die meisten Leute, die sich hier drin befinden, in ihrer Partei oder ihren Strukturen so ehrlich sind, wenn solche Vorgaben bestehen, sich grundsätzlich daran zu halten. Es hat mich beinahe etwas erschüttert, als ich mir dies konkret vorstellte: Wir alle wissen es, seitens der Parteisekretariate wüsste man es, wenn es so beschlossen würde: 10 000 Stutz und mehr werden einfach deklariert! Wenn wir dieser Argumentation folgen, wonach es ein riesiger Aufwand wäre, dies zu kontrollieren, so gingen wir implizit davon aus, dass unsere Parteien, wenn grosse Beiträge fliessen, so unehrlich wären, sich nicht daran zu halten. Von der EVP kann ich sagen, dass mir seit den dreissig Jahren, während derer ich aktiv bin, nicht bekannt ist, dass wir irgendwann einmal einen Betrag zugeschoben erhalten haben, der annähernd in diese Richtung gegangen wäre. Bei uns ist es so, dass fast schon die Korken des alkoholfreien Spritzmosts knallen, wenn ein vierstelliger Betrag eintrifft. (*Heiterkeit*) 10 000 Stutz, dies hat uns noch nie annähernd betroffen. Deshalb dünkt mich diese Grenze sehr hoch.

Selbstverständlich unterstützten wir die Planungserklärung, wobei wir eben von so viel Ehrlichkeit ausgehen können und von der Transparenz, dass deklariert wird. Deshalb bitte ich Sie, den Bericht nicht wie von der Minderheit gefordert zur Kenntnis zu nehmen. Eigentlich fand ich den Verweis auf die nationale Abstimmung im ersten Moment auch richtig. Es wäre irgendwie dumm, wenn wir hier selber etwas in Gang setzten. Ich gehe aber davon aus, dass diese Abstimmung bald einmal stattfinden wird. Natürlich kann man auch genau umgekehrt argumentieren. Verschiedene Kantone fordern eine solche Transparenz auf kantonaler Ebene. Wenn wir jetzt sagen, wir wollten diese auch, dann könnten wir der eidgenössischen Abstimmung ein Stück weit Schub verleihen, wobei wir sagen würden, dass wir uns bei der Umsetzung an die eidgenössische Lösung anlehnten, sollte das Volk Ja dazu sagen. Man kann es auch von dieser Seite anschauen.

Deshalb bitte ich Sie: Verweigern Sie die Kenntnisnahme bei diesem Bericht und sagen Sie, dass wir die Umsetzung wollen, sodass eine minimale Transparenz bei grossen Beträgen in Zukunft auch im Kanton Bern gelten soll. Die EVP unterstützt also die ersten zwei Planungserklärungen. Ich hoffe, dass die glp, sollte sie mit der ihren unterliegen, trotzdem mithilft. Immerhin wäre es ein Teilschritt in Richtung Transparenz, wenn die Spenden so deklariert würden. Beim dritten Punkt – hier habe ich mich noch versichert – geht es um diese 10 000 Franken und nicht um jede anonyme Kollekte von 20 Franken. Deshalb können wir diesen so auch unterstützen.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). Dans son rapport, le Conseil-exécutif a très bien présenté les enjeux relatifs à la mise en œuvre des propositions du PS-JS-PSA «Financement des partis: faire la transparence». Il évoque principalement les véritables difficultés qu'engendrerait une nouvelle législation cantonale sur la transparence en matière de financement de partis dans le contexte actuel. Des raisons que le Conseil-exécutif évoque, le groupe UDC en retient trois – les plus significatives – qui plaident pour une prise de connaissance du rapport sans les déclarations de planification. Tout d'abord il est évident que même une mise en œuvre modérée et partielle de la Motion Marti induirait des coûts considérables pour notre canton. Songeant ici au volume de travail

engendré par la nécessité du contrôle des comptes de campagne... (*Der Präsident unterbricht die Rednerin kurz aufgrund eines technischen Problems bei der Simultandolmetschung.*) Est-ce que cela fonctionne? – Oui, parfait. Alors, je reprends. Songeant ici au volume de travail engendré par la nécessité de contrôler des comptes de campagne et la liste des donateurs des 2111 candidates et candidats aux élections du Grand Conseil du 25 mars 2018. Ensuite, une initiative sur la transparence au niveau fédéral en 2017. Le Conseil fédéral la rejette. Les chambres fédérales devront se prononcer sur cette initiative. Peut-être décideront-elles d'élaborer un contre-projet. Le peuple et les cantons devront également se prononcer. Si l'initiative ou un éventuel contre-projet devaient être acceptés, notre canton devrait rapidement modifier une législation sur le même objet que notre Grand Conseil aurait préparé et adopté peu auparavant; cela évidemment si notre Grand Conseil acceptait aujourd'hui les déclarations de planification Marti et pvl. Uniquement de ce point de vue, accepter ces déclarations nous semblerait parfaitement inopportun. Finalement, le Conseil-exécutif a raison de dire que soumettre à des contrôles un grand nombre d'actrices et d'acteurs de la vie politique de notre pays qui ne sont pas directement membres d'un parti dans le but de rendre la transparence complète et crédible représenterait – je cite – «une profonde entaille dans le système politique».

Puisque le débat est libre, permettez-moi d'ajouter quelques réflexions de fond largement partagées au sein de notre groupe parlementaire. Jamais dans l'immédiat après-guerre et même jusque dans les années 1960 la gauche modérée et démocratique de notre pays n'aurait accepté que soient rendus publics les dons versés aux partis politiques. Pourquoi cette réticence justifiée? Les pays européens venaient d'échapper aux griffes de l'abject totalitarisme nazi qui avait scandaleusement répudié toute idée de sphère privée et supprimé la plupart des libertés individuelles. La population, mais aussi les élites politiques démocratiques de notre pays savaient aussi que le totalitarisme communiste piétinait les libertés individuelles et la sphère privée presque de la même manière que le nazisme. Tous les démocrates de cette époque avaient conscience qu'il n'y a pas de libertés individuelles sans respect substantiel de la sphère privée. Aujourd'hui la majorité des habitants de notre pays et même de nombreux membres des autorités politiques ne font plus le lien entre la pérennité de la démocratie libérale et le respect de la sphère privée. La pédagogie de catastrophe ne déploie malheureusement plus ses effets. C'est pour cette raison de fond que s'abat sur nos sociétés cette frénésie d'exigences de transparence dans bientôt tous les domaines de la vie. Il faut bien voir que la transparence absolue du financement des partis politiques implique que la société connaisse le nom de toutes les donatrices et de tous les donateurs de partis politiques et des associations qui lancent des initiatives ou des référendums. Cette traçabilité permet évidemment à chacune et à chacun de connaître les préférences politiques mais aussi philosophiques voire religieuses des personnes, ce qui est malsain dans un régime démocratique. Ne l'oublions pas: la démocratie et les libertés individuelles ne peuvent être pérennisées qu'accompagnées d'importants écrans protecteurs dont le respect de la sphère privée, le pluralisme des idées, le secret bancaire, la propriété privée, la libre initiative et l'absence de surveillance électronique excessive figurent au premier rang. Le désir scélérat de tout savoir sur tous pourrait un jour nous conduire là où la majorité d'entre nous ne désire pas aller – vers l'émergence d'un nouveau totalitarisme en verticaux et latéraux. Pour cette raison, le groupe UDC rejette les déclarations de planification et prendra connaissance du rapport à condition que les déclarations de planification ne soient pas acceptées.

Präsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion hat Grossrätin Fisli das Wort.

Karin Fisli, Meikirch (SP). Die Kantone Tessin, Genf und Neuenburg können es; auch diverse Nachbarländer und andere europäische Länder haben es – die Transparenz der Politikfinanzierung. Der Bericht des Regierungsrats hingegen ist niederschmetternd. Man wartet ab, lehnt sich zurück und übernimmt keine Verantwortung. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Abzuwarten, bis auf Bundesebene irgendetwas passiert, dies reicht nicht! Können wir als grosser Kanton Bern uns weiterhin weigern, transparent, ehrlich und offen mit unseren Parteienfinanzierungen, unseren Wahlkampfgebern und Abstimmungsunterstützungen umzugehen? – Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist klar anderer Meinung. Wovor hat man denn Angst? Natürlich braucht es ausführliche und fundierte Überlegungen, wie eine Offenlegung im Kanton Bern aussehen könnte, dahingehend, ob dies für alle kantonalen Abstimmungen und Wahlen gelten soll oder nur für die Parteien im Grossen Rat. Das wäre zu diskutieren. Dass man aber nicht einmal darüber nachdenken will, wie so etwas umgesetzt werden könnte, ist himmeltraurig! Die Schweiz und somit auch der Kanton Bern stehen immer wieder international in der Kritik. Ist es nicht an der Zeit, dass der Kanton Bern hier eine Vorreiterrolle

einnimmt? – Wir könnten zusammen mit den Kantonen Tessin, Genf und Neuenburg als Vorbilder fungieren, als innovativ und modern gelten. Und wir könnten mit Stolz sagen: Wir *sind* offen, ehrlich und transparent. Wir lassen nicht zu, dass Gelder versteckt werden. In diesem Sinn wird die SP-JUSO-PSA-Fraktion den Bericht des Regierungsrats nur dann zur Kenntnis nehmen, wenn unsere Planungserklärung unterstützt wird.

Jakob Schwarz, Adelboden (SVP). Grundsätzlich hat die EDU-Fraktion gewisse Sympathien für dieses Anliegen. Als sehr kleine Partei, als kleinste hier drin, mit bescheidenen finanziellen Mitteln, wahrscheinlich sogar den geringsten, haben wir nichts zu befürchten und auch nichts zu verstecken. Trotzdem wird unsere Fraktion diesen Bericht zur Kenntnis nehmen und mehrheitlich weitere Massnahmen ablehnen. Der Bericht des Regierungsrats zeigt nämlich sehr gut auf, dass es erhebliche Umsetzungsschwierigkeiten geben würde. Wenn das Ganze nicht zu einer Alibiübung verkommen soll, müsste ein umfassender Deklarations-, Überprüfungs- und Kontrollaufwand betrieben werden. Wir fragen uns, ob dies denn wirklich ein Nutzen für die Wählerinnen und Wähler wäre, wenn sie wüssten, wie die Geldflüsse sind, oder ob eher eine Neiddebatte ausgelöst würde. Wir fragen uns wirklich, ob die Resultate anders ausfielen, wenn die Leute über die Geldflüsse informiert wären. Wir kennen einige Beispiele von Grossratswahlen – ich könnte Ihnen ein paar aus meinem Wahlkreis aufzählen –, wo mit sehr vielen finanziellen Mitteln viele grosse, farbige Inserate geschaltet wurden. Sie müssen nicht das Gefühl haben, die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger seien dumm. Damit sehen sie denn auch, dass sehr viel Geld dahintersteckt. Trotzdem wurde so erfolglos versucht, ein Mandat zu erreichen.

Grossrat Köpfli hat es eigentlich gut aufgezeigt, so wie es auch die Planungserklärungen 1a und 1b zeigen: Es gibt grosse Abgrenzungs- und Interpretationsschwierigkeiten, dahingehend, was als Beitrag gilt und wer erfasst wird. Wenn wir eine wirklich saubere Kontrolle oder Lösung wollen, dann führt dies zu einem immensen Aufwand.

Vielleicht noch zu Kollege Löffel: Die Welt sieht eben anders aus, als dass sich jeder freiwillig schön daran halten würde. Oder weshalb machen wir denn Geschwindigkeitskontrollen? Weshalb müssen wir Abgastests durchführen? – Er hat sich hier vor ein paar Tagen oder während der letzten Session oder vor einiger Zeit über die Bürokratie im Zusammenhang mit den Stimmrechtsbescheinigungen beschwert: Lieber Ruedi Löffel, für die über 2000 Franken – beziehungsweise sie haben ja keine 2000 Franken – werden wir alle ein Deklarationsformular ausfüllen und aufzeigen, woher jeder Kandidat wie viel erhalten hat. Dies auch dann, wenn er keine 10 000 Franken erhält. Er muss dann deklarieren, dass er nicht 10 000 Franken erhalten hat. Aus diesem Grund lehnt die EDU-Fraktion die Planungserklärungen mehrheitlich ab.

Samuel Leuenberger, Trubschachen (BDP). Auch die BDP hatte den Vorstoss, welcher diesem Bericht zugrunde liegt, damals mitunterstützt, und sie steht dahinter, in diesen Fragen aktiv eine Lösung zu fordern. Auf eidgenössischer Ebene setzt sich die BDP aktiv für die «Transparenz-Initiative» ein. Dies haben Sie alle mitgekriegt. Die BDP respektive die Junge BDP ist im Initiativkomitee vertreten. Wir haben bemerkt, dass unsere Basis eigentlich eine Bundeslösung favorisiert. Die BDP anerkennt das gesellschaftspolitische Anliegen, dass man auch bei der Parteienfinanzierung nach mehr Transparenz schreit. Erhöhte Transparenz schafft auch Vertrauen – dies ist von den Rednerinnen und Rednern vor mir bereits gesagt worden – und stärkt somit auch unsere politische Landschaft. Auf eidgenössischer Ebene erfüllen wir mit dieser Forderung denn auch ein Wahlversprechen, welches wir bei den eidgenössischen Wahlen abgegeben haben. Wir haben stets gesagt, dass wir für praktikable und massvolle Lösungen handbieten. Das heisst, wir wollen keine übermässige Bürokratie und unsere Verwaltung auf kantonaler Ebene nicht unnötig beanspruchen, wenn dies aus unserer Optik nicht zwingend notwendig ist. So wenig wie möglich und so viel wie nötig – dies muss das Kredo bei dieser Geschichte sein. Wir möchten auch darauf aufmerksam machen, dass wir bei den ganzen Transparenzfragen das Kind nicht mit dem Bade ausschütten sollten. Parteien- und Kampagnenspenden und -finanzierungen sind in unserem milizdemokratisch organisierten Politsystem ein sehr wichtiger Pfeiler innerhalb unserer politischen Landschaft. Das Milizsystem ist aus unserer Optik ein sehr zentraler Begriff der Schweizer Politik, und das Milizsystem wollen wir nicht infrage stellen. Dies zum Grundsatz, wie sich die BDP auf eidgenössischer Ebene äussert. Nun kommen wir zum vorliegenden Bericht und zur Frage, ob wir jetzt unverzüglich im Kanton Bern vorpreschen und mit hohem Aufwand Lösungen zementieren müssen, die vielleicht überholt werden. Der Sprecher der Grünliberalen hat bereits darauf aufmerksam gemacht, dass grosse Abgrenzungsschwierigkeiten zwischen eidgenössischer und kantonaler Politik bestehen. Hier stellen wir

jetzt gewisse Differenzen zu denjenigen Parteien fest, die dem Initiativkomitee der «Transparenz-Initiative» angehören. Der Bericht des Regierungsrats zeigt aus unserer Optik doch gleichwohl deutlich auf, wo die Probleme einer rein kantonalen Lösung liegen. Sofern wir uns nicht mit einer Ali-biübung zufrieden geben und griffige Regelungen aufstellen wollen, ist eine kantonale Lösung doch recht aufwendig und kompliziert. Ich gebe Ruedi Löffel nicht ganz recht, wenn er sagt, es sei doch selbstverständlich, alle Regeln einzuhalten. Selbstverständlich ist dies selbstverständlich! Lieber Ruedi Löffel, Sie wissen so gut wie ich – auch aus anderen Politikreisen –, dass Gebote und Verbote nur dann griffig und sinnvoll sind, wenn sie ebenfalls von staatlichen Behörden überprüft und kontrolliert werden und dabei entsprechende Sanktionsmassnahmen vorgesehen sind. Dort haben wir eine Differenz, obwohl wir in der Grundsatzfrage keine Differenzen haben.

Aus unserer Optik sollte das Hauptaugenmerk einer Lösung für Transparenzfragen primär einmal auf Bundesebene liegen. Die BDP verschliesst sich schlussendlich einer kantonalen Lösung nicht, eine solche macht aus unserer Sicht jedoch nur dann Sinn, wenn wir grundlegende Mechanismen, auch vonseiten des Bundes vorgegeben oder wenigstens vorgeschlagen erhalten. Der grösste Teil der Parteien, ich glaube fast alle, sind ebenfalls auf Bundesebene vertreten. Wir alle sind eingebettet in ein Parteiensystem, in welchem die Parteien auf Bundesebene aktiv sind. Wenn Sie rein kantonale Regelungen für die Finanzierungen aufstellen, beisst sich das. Deshalb muss die Regelung von oben kommen und erst dann im Kanton Bern vollzogen werden.

Die BDP ist somit der Ansicht, es mache zurzeit keinen Sinn, aktiv in ein Gesetzgebungsverfahren einzusteigen und irgendwelche kantonale Insellösungen zu propagieren, welche sich später als überholt herausstellen. Wir empfehlen, die Abstimmung über die «Transparenz-Initiative» auf Bundesebene abzuwarten. Wir unterstützen diese Initiative und empfehlen diese dem Schweizer Volk auch zur Annahme. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und lehnen alle Planungserklärungen ab.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Beim dritten Mal kürze ich etwas ab. Wir wissen es ja: In der Schweiz ist jede und jeder ein Sonderfall, auch jeder Kanton ist ein Sonderfall, die Eidgenossenschaft sowieso. Dies führt im vorliegenden Fall dazu, dass die Schweiz weit herum das einzige Land ist, zumindest in Westeuropa, aber noch weit darüber hinaus, das keine Regelung zur Parteien- und Wahlfinanzierung kennt. Dafür werden wir auch immer wieder gerügt. Es ist ein Sonderfall, auf welchen wir nicht stolz sein können. Denn er hat nichts mit Freiheit oder Eigenständigkeit zu tun, sondern vor allem mit der Bevorteilung der Mächtigen und Finanzkräftigen. Zugegeben, an anderen Orten geht es lediglich um Wahlfinanzierungen. Bei uns, wo wir drei Staatsebenen haben und jeweils auch noch Abstimmungen stattfinden, wird es ein bisschen komplizierter. Wer soll jetzt genau offenlegen? – Initiativkomitees müssten genauso offenlegen. Tun sie es denn freiwillig oder staatlich verordnet? Gibt es eine Kontrolle? Wer führt diese aus? Gibt es Sanktionen bei Verstössen? – Es ist klar, ohne einen erheblichen Aufwand wäre es nicht zu machen. Aber wir haben viele andere Gesetze, welche auch Aufwand bedeuten. Die Kantone Neuenburg, Tessin und Genf zeigen, dass es geht. Es geht also nicht um einen Alleingang. Sie zeigen auch, dass man es mit unterschiedlichem Aufwand lösen kann. Die Kantone Freiburg und Schwyz haben es gerade erst in einem Urnengang angenommen; dort kommt die Parteienfinanzierungstransparenz auch zustande.

Die Regierung führt dies alles in diesem Bericht aus. Sie zeigt Verständnis für die Anliegen, lehnt aber weitere Abklärungen und Bearbeitungen ab. Dies bedauern wir von grüner Seite sehr und verstehen es nicht. Natürlich gibt es den Verweis auf die Bundesebene. Dort sind sicher ganz andere Summen im Spiel. Wir wissen auch, dass der Bundesrat in der vorangegangenen Woche die überwiesene Volksinitiative ohne einen Gegenvorschlag weitergeleitet hat. Wir können also nicht auf Vorschläge warten, wie man dergleichen umsetzen könnte. Man könnte aber tatsächlich einmal vorausgehen. Irgendwann wird die eidgenössische Volksabstimmung stattfinden, sodass wir uns dazu werden äussern können. Wir sind dezidiert der Meinung, dieses Anliegen könne man jetzt nicht ad acta legen. Wir nehmen im ablehnenden Sinn von diesem Bericht Kenntnis. Zu den Planungserklärungen kann ich sagen, dass wir grundsätzlich alle drei unterstützen. In der Gegenüberstellung geben wir aber jener der glp den Vorzug.

Carlos Reinhard, Thun (FDP). Ich versuche, mich in meiner Redezeit kurz zu halten, damit wir vielleicht heute noch abstimmen können. Vieles wurde gesagt. Sehr gut gefallen haben mir vor allem die Voten der Kollegen Schwarz und Leuenberger. Die FDP bedankt sich beim Regierungsrat für diesen Bericht und stimmt diesem auch zu.

Die vorliegenden Planungserklärungen lehnen wir ab. Ich möchte sagen, weshalb. Wir sind der Meinung, dies könne nur national gelöst werden. Die Umgehungsmöglichkeiten wären viel zu gross.

Bei einer Initiative, wo das Büro, welche diese betreut, in Zürich ist, und Inserate in einer Zeitschrift geschaltet werden, die in Zürich gedruckt wird, während es ein kantonales Thema ist, wird dies schwierig handhabbar. Allerdings habe ich auch die Befürchtung, dass die Diskussion nur noch über das Geld geführt wird und gar nicht über die Themen. Denken Sie daran: Es betrifft nicht nur – wie dies in den Planungserklärungen formuliert ist – politische Parteien. Die Ärztesgesellschaft äussert sich beispielsweise auch immer zu politischen Themen. Wäre diese auch betroffen? Umweltverbände und weitere Verbände äussern sich, auch die Kirche äusserst sich manchmal zu politischen Dingen. Diese wären in diesem Fall ebenfalls von den Vorgaben betroffen. Ich teile die Meinung von Kollega Löffel nicht, wonach man es zuerst hier lösen sollte, bevor man es national tut. Ich bin offen gegenüber der nationalen Diskussion. Wenn die Bevölkerung dann Ja dazu sagt, können wir es auf den Kanton Bern herunterbrechen.

Wir werden diese Planungserklärungen, wie gesagt, ablehnen. Was die Planungserklärung 2 betrifft, wonach anonyme Zuwendungen zu verbieten sind, habe ich mir vorhin ein paar Gedanken darüber gemacht, was denn anonyme Zuwendungen sind. Wenn ich Geld überwiesen erhalte, sehe ich, von wem es kommt, ob es anonym ist oder nicht. Wenn mir jemand persönlich Geld übergibt, weiss ich auch, von wem es ist. Wenn jemand Geld in einer Plastiktüte vor meine Haustüre legt, weiss ich nicht, ob es für den Politiker Reinhard oder für die Privatperson Reinhard bestimmt ist, weil vielleicht jemand Mitleid mit mir hat. Das wüsste ich dann nicht. Deshalb habe ich ziemliche Probleme damit, die Planungserklärung 2 betreffend die anonymen Zuwendungen zu verstehen. Ich lerne auch gerne. Wenn Sie mir vielleicht erklären könnten, was anonyme Zuwendungen sind und wie dies ablaufen soll, dann bin ich offen. Wie gesagt, nehmen wir den Bericht zur Kenntnis und lehnen die Planungserklärungen ab.

Präsident. Wir kommen zu den Einzelsprechern. Das Wort hat Grossrat Kullmann, EDU.

Samuel Kullmann, Hilterfingen (EDU). Ich begründe kurz meine persönliche Meinung. Ich werde den Planungserklärungen zustimmen und mich hier für die Transparenz bei der Parteienfinanzierung einsetzen. 2016 gab es eine Umfrage von Vimentis. Es nahmen über 20 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer daran teil. 44 Prozent sprachen sich dafür aus, dass alle Spenden deklariert werden müssen und weitere 30 Prozent, dass Spenden ab 10 000 Franken deklariert werden müssen. Nur 20 Prozent aus dem Stimmvolk waren dagegen. Ich gehe davon aus, dass wenn die «Transparenz-Initiative» zur Abstimmung kommt, es sich auch in etwa diesem Rahmen bewegen wird und hier ein klarer Auftrag sowie klare Erwartungen seitens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vorhanden sind. Man sagt, Geld sei Macht. Vielleicht kann man nicht jede Abstimmung, jede Wahl, kaufen, aber irgendein Einfluss ist vorhanden. Dies wird auch von der politikwissenschaftlichen Forschung nachgewiesen. Dies ist eigentlich keine Frage. Deshalb finde ich, hat das Stimmvolk das Recht, sich darüber zu informieren, wo grössere Beträge fliesen.

Haşim Sancar, Bern (Grüne). Es ist eine Tatsache, dass Geld in der Politik eine wichtige Rolle spielt. Dies sowohl für die Parteienfinanzierung als auch für die Finanzierung der Kampagnen, die den Parteien zu Erfolg verhelfen sollen. Für die Bürgerinnen und Bürger ist es von grosser Bedeutung zu wissen, woher das Geld für die Parteien- und Abstimmungskampagnen kommt. Die Bevölkerung will wissen, wer all diese Plakate finanziert, die während Wahlen und Abstimmungen unsere Bahnhöfe, Felder, Wiesen und Dörfer schmücken. Es ist unser aller Recht, ein Recht, das die Politik auf nationaler, kantonaler und Gemeindeebene respektieren sollte. Wer nichts zu verbergen hat, sollte auch nichts gegen Transparenz in der Parteien- und Kampagnenfinanzierung haben. Seit Jahren werden wir von der Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) und der Greco wegen mangelnder Transparenz in der Parteien- und Kampagnenfinanzierung kritisiert. Greco gab der Schweiz in ihrem letzten Zwischenbericht im August 2018 eine ungenügende Note. Wer sind diese Organisationen denn überhaupt? Sind sie für uns relevant? – Ich glaube schon, und es drängt sich geradezu auf, ihre Kritik ernst zu nehmen. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, organisiert zum Beispiel Wahlbeobachtungen, sie schickt Delegationen in die Länder, wo Wahlen stattfinden; auch Mitglieder unseres nationalen Parlaments sind jeweils dabei. Ihre Beobachtungen und Einschätzungen haben ein grosses Gewicht und sind weltweit bekannt. Le groupe d'États contre la Corruption, Greco, ist das Gremium des Europarats, dem die Schweiz 2016 beigetreten ist. Die OECD und Greco sind also nicht einfach unbedeutende Organisationen, die uns beobachten. Sie wissen, was in der Schweiz geschieht, und geben zu Recht und fundiert entsprechende Empfehlungen ab.

Natürlich können bei der Umsetzung der Transparenz Probleme auftauchen. Gewisse Leute können mit betrügerischen Methoden versuchen, das Ganze zu umgehen. Diese Ausrede sollte uns aber nicht davon abhalten, die Finanzierung der politischen Parteien und Kampagnen transparent zu machen. Die Erfahrungen werden die Lücken in der Umsetzung dieser Gesetze schliessen. Ausnahmen wird es geben, auch bei solchen, die sich im kriminellen Bereich bewegen. Doch das gibt es wohl bei der Umsetzung vieler anderer Gesetze auch. Die Tatsache, dass man Transparenzregeln umgehen kann, darf nicht ein Grund sein, sie nicht einzuführen. *(Der Präsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen.)* Ich komme zum Schluss Danke vielmals, Herr Präsident. Deshalb werde ich die Planungserklärungen annehmen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Präsident. Als letzter Einzelsprecher hat Grossrat Hess das Wort.

Erich Hess, Bern (SVP). Diese Debatte ist mir ein wenig vorkommen wie im Kindergarten, weil Argumente ins Feld geführt worden sind, die jenseits von Gut und Böse sind. Dies, weil ich davon ausgehe, dass die Leute, die hier drin sitzen, sich in der politischen Landschaft ein bisschen auskennen. Doch diesen Eindruck hat es für mich nicht gemacht. Sie wissen haargenau, dass es nicht so einfach ist, wie Sie es dargelegt haben. Sie wollen einfach wieder einen riesengrossen Bürokratie-Tiger aufbauen, den wir Steuerzahler schlussendlich wieder finanzieren müssen, der aber keinem Steuerzahler irgendetwas bringt. Das bringt auch den Stimmbürgern nichts. Was bringt es Ihnen, wenn Sie ein Jahr oder anderthalb später wissen, nachdem die Verwaltung endlich ausgewertet hat, wie viel Geld welche Kampagne oder welcher Abstimmungskampf erhalten hat? – Ein bis anderthalb Jahre später interessiert dies niemanden mehr. Früher wird es nicht herauskommen. Überall dort, wo sie es eingeführt haben, wird knapp ein Jahr später kommuniziert, wie viel für welche Kampagne investiert wurde. Es ist gleichermassen illusorisch wie der Antrag der SP-JUSO, der anonyme Zuwendungen verbieten will.

Es ist nicht so, wie der FDP-Sprecher gesagt, wonach es nicht möglich wäre. Ich kann anonym Geld am Postschalter einbezahlen, und es kommt sogar an. Theoretisch ist das möglich. Wenn ich den politischen Gegner unterstützen möchte, damit er noch etwas Spendengelder hätte, dann weiss ich, dass ich nie eine anonyme Spende zuhänden der SP machen darf. Sie würde diese wahrscheinlich zurückschicken, wüssten aber einfach nicht an wen. Die SP hat ganz vergessen, dass sie von diesem System am meisten profitiert, weil noch von niemandem eine Offenlegung verlangt worden ist. Sie wird unterstützt von der Unia. In der «Unia-Zeitung» werden riesige Inserate für einzelne Kandidaten oder Abstimmungsvorlagen gemacht. Genau gleich ist es beim Landschaftsschutz und wie diese Verbände alle heissen. Dies alles müsste auch offengelegt werden – jedes einzelne Inserat, das abgedruckt wird! Sprich es ist ein Werbegegenwert, der schlussendlich auch offengelegt werden müsste. Was tue ich schliesslich, wenn jemand für mich Werbung macht, obwohl ich dies gar nicht verlangt hatte? – Es ist jedem freigestellt, im ganzen Kanton Bern ein Flugblatt von mir zu verschicken, um Werbung für mich zu machen. Mit dieser Kampagne stünde ich allenfalls in gar keinem Zusammenhang. Theoretisch ist es schon möglich. Wer soll es offenlegen und wie? – Ich bitte Sie deshalb, ganz klar für die Demokratie zu stimmen und alles klar abzulehnen. Die internationalen Organisationen wie Greco, die hier Druck machen, diese haben alle keine Ahnung, wie basisdemokratisch Demokratie wirklich funktioniert. Deshalb: ganz klar Nein!

Präsident. Wir stimmen morgen Vormittag über dieses Geschäft ab. Es wäre sonst dem Staatsschreiber gegenüber unfair, ihm jetzt das Wort zu geben, weil alle um 16.30 Uhr nach Hause gehen möchten. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Bis morgen um 09.00 Uhr!

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 16.30 Uhr.

Die Redaktorin:
Eva Schmid (d/f)